

Handelsverband Bayern e.V., Brienner Straße 45, 80333 München

Bayerische Staatskanzlei
Herrn Ministerpräsident
Dr. Markus Söder, MdL
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

Positionen des Einzelhandels zur Sitzung des Koalitionsausschusses am 1. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit großer Sorge blickt der Handelsverband Bayern - wie alle anderen deutschen Handelsverbände - auf die bevorstehende Sitzung des Koalitionsausschuss am 1. Juli 2026.

Seit 2015 mussten bundesweit über 70.000 Geschäfte endgültig schließen, auf Verbraucherseite nimmt die Konsumstimmung kontinuierlich ab. Mehr „netto vom brutto“ zugunsten der Verbraucher ohne versteckte staatliche Kompensationsmaßnahmen sowie die Entlastung der Unternehmen von Bürokratie, regulatorischen Anforderungen sowie Steuern und Energiekosten sind unverzichtbar, um die Binnenkonjunktur und damit den Einzelhandel als drittgrößten Wirtschaftszweig zu stärken.

Völlig kontraproduktiv sind dabei Forderungen nach Abschaffung der Minijobs. Massive Nettoeinbußen für diese Beschäftigten sowie auf Arbeitgeberseite der drohende Verlust dringend benötigter flexibler Arbeitskräfte zur Überbrückung einzelhandelstypischer Stoßzeiten und langer Öffnungszeiten sind Folgen, die in der Diskussion bedauerlicherweise nicht nur von Wirtschaftstheoretikern völlig ausgeblendet werden. Minijobs müssen bleiben.

**Ernst Läger
Präsident**

**Wolfgang Puff
Hauptgeschäftsführer**
Telefon 089 55118-110
Mobil 0171 4153247
E-Mail puff@hv-bayern.de

Tatjana Sauer
Assistenz
Telefon 089 55118-111
Telefax 089 55118-179
E-Mail sauer@hv-bayern.de

München, den 30.06.2026

Hausanschrift
Handelsverband Bayern e.V.
Brienner Straße 45
80333 München

Telefon 089 55118-0
Fax 089 55118-163

info@hv-bayern.de
www.hv-bayern.de

gesetzlich vertreten durch
den Präsidenten

Vereinsregister des
Amtsgerichts München
Registernummer: VR4300

HypoVereinsbank München
IBAN DE 43 7002 0270 0000 8011 69
BIC HYVEDEMMXXX

Eine deutliche Absage gilt auch Überlegungen zur Erhöhung der Mehrwertsteuer. Der ohnehin erschreckend schwache Konsum würde nicht zuletzt auch angesichts eines stark angespannten Arbeitsmarkts weiter beschädigt, die Inflation deutlich ansteigen, Zinsreaktionen der EZB ausgelöst und das Bruttoinlandsprodukt erheblich gedämpft werden.

Nicht unerwähnt darf der von Frau Bundesarbeitsministerin Bas vorgelegte Entwurf zum Arbeitszeitgesetz bleiben. Dieser trifft nicht annähernd die Anforderungen aus der Wirtschaft, geht an der Realität völlig vorbei, verhindert gerade für den Mittelstand und viele Branchen die dringend notwendige Flexibilisierung und ist Ausdruck einer zu unterstellenden ideologischen Uneinsichtigkeit.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, unser Wohlstand lebt von einer funktionierenden Wirtschaft. Bitte tun Sie alles, damit die Weichen hier nicht erneut mit all den damit verbundenen Folgen für das politische Gefüge, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit falsch gestellt werden. Eine ausführlichere Darstellung unserer Positionen finden Sie in der Anlage.

Mit einem herzlichen Dank und besten Grüßen



Ernst Läger
Präsident



Wolfgang Puff
Hauptgeschäftsführer